

Bürgergeld-Reform: Union und SPD bringen drastische Änderungen ins Spiel!

CDU, CSU und SPD planen Änderungen am Bürgergeld zur Grundsicherung in Deutschland. Einladung zur Diskussion über Reformen.



Marzahn-Hellersdorf, Deutschland - Die politischen Parteien CDU, CSU und SPD haben sich auf grundlegende Änderungen beim Bürgergeld verständigt. Diese Anpassungen betreffen nicht nur den Namen des Systems, sondern auch zentrale Regelungen zur Grundsicherung. Ein entscheidendes Element dieser Reformen ist die Wiederherstellung des Vermittlungsvorrangs. Dieser sieht vor, dass Transferleistungsempfänger schnellstmöglich einen Job annehmen, um sie schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch die Rückkehr zu einigen Hartz-IV-Regeln wurde durchgesetzt, um die Effektivität der Maßnahmen zu erhöhen, wie **Welt** berichtet.

Die Reformen sehen weiterhin schärfere Sanktionen für Personen vor, die eine zumutbare Arbeit wiederholt verweigern. Bei wiederholter Totalverweigerung droht vollständiger Leistungsentzug. Um gerechtfertigte Sanktionen zu gewährleisten, wird zudem die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei der Umsetzung berücksichtigt. Vor allem für Menschen mit Vermittlungshemmnissen sind Maßnahmen wie Qualifizierung und Gesundheitsförderung geplant, um deren Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Neuer Kooperationsplan und Sanktionen

Ein elementarer Punkt im aktuellen sozialpolitischen Diskurs ist der Kooperationsplan, der zwischen den Integrationsfachkräften der Jobcenter und den Bürgergeld-Beziehern erstellt wird. Dieser legt fest, welche Maßnahmen und Pflichten für die betroffenen Personen gelten. Ein zentrales Ziel dabei ist die dauerhafte Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Jobcenter können Jobangebote vermitteln, die durch den Kooperationsplan festgelegt werden, wie [buerger-geld.org](https://www.buerger-geld.org) erläutert.

Das Vorgehen umfasst auch Sanktionen, die durch das Jobcenter verhängt werden können. Diese sind jedoch nicht sofort bei Verstößen gegen den Kooperationsplan zu erwarten, sondern folgen einem Stufenplan, der von einer Kürzung des Regelsatzes abhängt. Empfohlen wird eine Analyse der Potenziale des individuellen Leistungsbeziehers vor Abschluss des Plans, um die beste Vorgehensweise zu ermitteln. Kürzungen könnten erst bei mehreren Pflichtverletzungen erfolgen und betreffen ausschließlich den Regelsatz, nicht jedoch die Kosten für die Unterkunft.

Hinweise auf finanzielle Herausforderungen

Die Diskussion über die Reformen des Sozialstaates ist in Deutschland ein langjähriges Thema, das zunehmend durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen geprägt

wird. Die Akzeptanz der Reformen hängt stark davon ab, wie weit sie tatsächlich gehen, um sowohl soziale Sicherheiten zu gewährleisten als auch den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Der sozialpolitische Diskurs ist durch das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von Kürzungen und der Sorge um soziale Gerechtigkeit geprägt, wie **bpb** analysiert.

Zusätzlich wird eine Anpassung der Schonfristen für das Vermögen von Grundsicherungsempfängern angestrebt, die verkürzt oder gänzlich abgeschafft werden sollen. Die Rückkehr zur alten Bürgergeldberechnung bedeutet, dass Preissteigerungen nur nachträglich berücksichtigt werden, was Auswirkungen auf die Leistungsanpassungen haben wird. Im Jahr 2023 wurde der monatliche Betrag für den Lebensunterhalt bereits um 53 Euro und 2024 um 61 Euro erhöht. Maßnahmen gegen Schwarzarbeit sollen ebenfalls verstärkt werden, sowie das Verbot von Tauschbörsen für Bezahlkarten.

Die SPD fordert zudem eine höhere finanzielle Ausstattung der Jobcenter und plant langfristig die Einführung eines Mindestlohns von 15 Euro bis 2026. Die Finanzierung der höheren Mütterrente bleibt dabei ein offenes Thema, während die Union und die SPD versuchen, eine Einigung zu erzielen, die auch die finanziellen und sozialen Herausforderungen der kommenden Jahre berücksichtigt.

Details	
Ort	Marzahn-Hellersdorf, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.buerger-geld.org• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de